

**Rudolf Anschober**  
Bundesminister

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.412.327

Wien, 16.7.2020

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 2057 /J der Abgeordneten Dr.<sup>in</sup> Krisper betreffend Folterprävention und diesbezgl. Kontrollbesuche durch die Volksanwaltschaft während der Corona-Krise** wie folgt:

**Zur Anfrage allgemein:**

Der verfassungsgesetzliche Auftrag zum Schutz der Menschenrechte als „Nationaler Präventionsmechanismus“ (NPM) gründet sich auf zwei bedeutende Rechtsakte der Vereinten Nationen. Einerseits das UN-Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) und andererseits die UN-Behindertenrechtskonvention.

Die Umsetzung dieser völkerrechtlichen Verpflichtungen erfolgte in Österreich durch das OPCAT-Durchführungsgesetz, BGBl. I 2012/1. So wurde im Art. 148a Abs. 3 B-VG die verfassungsrechtliche Voraussetzung geschaffen und entsprechende einfachgesetzliche Ausführungsbestimmungen im Volksanwaltschaftsgesetz erlassen.

Gemäß § 22 des Bundesgesetzes über die Volksanwaltschaft ist mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes hinsichtlich des § 10 der Bundesminister für Finanzen, im Übrigen der Bundeskanzler betraut.

Daher besteht für das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz keine Zuständigkeit.

Im Folgenden werden daher nur Maßnahmen meines Ministeriums in Bezug auf Alten- und Pflegeheime dargestellt, wobei die Errichtung und der Betrieb von Alten- und Pflegeheimen in Gesetzgebung und Vollziehung Landessache ist und somit, wie auch die Durchführung der Kontrollbesuche durch die OPCAT-Kommissionen, außerhalb des Vollzugsbereichs des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz liegt.

**Fragen 1, 2 und 3:**

- *Wie viele Kontrollbesuche der VA-Kommissionen haben die Mitarbeiter\_innen Ihres Hauses von 1.1.2015-20.3.2020 begleitet und unterstützt (bitte um Aufschlüsselung pro Monat)?*
  - a. *Wie viele fanden in Altersheimen statt?*
  - b. *Wie viele fanden in Psychiatrien statt?*
  - c. *Wie viele fanden in Pflegeheimen statt?*
  - d. *Wie viele fanden in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe statt?*
  - e. *Wie viele fanden in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung statt?*
  - f. *Wie viele fanden in Behindertentageszentren statt?*
  - g. *Wie viele fanden in anderen Orten statt, die hier nicht aufgelistet sind?*
    - i. *Welche Orte waren dies jeweils?*
- *Wie viele Kontrollbesuche der VA-Kommissionen haben die Mitarbeiter\_innen Ihres Hauses von 21.3.2020 bis zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung begleitet und unterstützt (bitte um Aufschlüsselung pro Monat)?*
  - a. *Wie viele fanden in Altersheimen statt?*
  - b. *Wie viele fanden in Psychiatrien statt?*
  - c. *Wie viele fanden in Pflegeheimen statt?*
  - d. *Wie viele fanden in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe statt?*
  - e. *Wie viele fanden in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung statt?*
  - f. *Wie viele fanden in Behindertentageszentren statt?*

- g. Wie viele fanden in anderen Orten statt, die hier nicht aufgelistet sind?
  - i. Welche Orte waren dies jeweils?**
- *Wurden die Maßnahmen vom CPT und SPT in den Einrichtungen, in denen sonst Kontrollbesuche der VA-Kommissionen stattfinden, seit Anfang der geltenden COVID-19 Maßnahmen eingehalten und umgesetzt?
  - a. Wenn ja, in welchen Orten werden welche Punkte seit wann wie umgesetzt?*
  - b. Wenn nein, wieso nicht?**

Hierzu liegen dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz keine Daten vor, da die Durchführung der Kontrollbesuche durch die OPCAT-Kommissionen in Alten- und Pflegeheimen sowie in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen außerhalb des Vollzugsbereiches des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz liegt.

**Frage 4:** *Kam es aufgrund der Herausforderungen, die die Verhinderung einer Verbreitung des Corona-Virus mit sich bringen, zu Änderungen der Begleitung und Unterstützung der Kommissionsbesuche?*

- a. Wenn ja, zu welchen jeweils wann?*

Wie bereits ausgeführt liegen die Kontrollbesuche der OPCAT-Kommissionen außerhalb des Vollzugsbereiches des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. Das Ressort war zu keinem Zeitpunkt, weder vor noch während dem Ausbruch der COVID-19- Pandemie an der Begleitung oder Unterstützung der Kommissionsbesuche beteiligt.

**Fragen 5 und 6:**

- *Wurden aufgrund der Herausforderungen, die die Verhinderung einer Verbreitung des Corona-Virus mit sich bringen, Änderungen bei den Kommissionsbesuchen vonseiten der VA wahrgenommen?
  - a. Wenn ja, welche jeweils wann?**
- *Kam es zu Besprechungen zwischen Vertreter\_innen der VA und Ihres Hauses, um den Ablauf von Kontrollbesuchen durch die Kommissionen während der Corona-Krise zu besprechen?
  - a. Wenn ja, wer führte diese Unterredungen wann?*
  - b. Wenn ja, was war jeweils der Inhalt der Besprechungen?*
  - c. Wenn ja, was war jeweils das Ergebnis der Besprechungen?**

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat grundsätzlich keine Maßnahmen zur Einschränkung der Ausübung des verfassungsgesetzlichen Auftrages der Volksanwaltschaft zum Schutz der Menschenrechte gesetzt. Lediglich durch die Formulierung von Empfehlungen hinsichtlich der einzuhaltenden Schutzvorkehrungen wurde seitens des Ressorts versucht, eine Entscheidungshilfe für die Durchführung von Kontrollbesuchen zu geben.

Mit Schreiben der Volksanwaltschaft vom 8. April 2020 wurde das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz davon in Kenntnis gesetzt, dass die Volksanwaltschaft am 11. März 2020 beschlossen hat, die Kommissionsbesuche pandemiebedingt vorerst bis zum 15. April 2020 auszusetzen.

Am 28. Mai 2020 hat zwischen VertreterInnen des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und VertreterInnen der Volksanwaltschaft **eine Besprechung zu folgenden Themenbereichen stattgefunden:**

- Freiheitsbeschränkende Maßnahmen in Alten- und Pflegeheimen sowie Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie
- Sicherheitsausrüstung bei der Durchführung von Kontrollbesuchen.

Die Besprechung wurde zum Anlass genommen, folgende Schritte zu setzen:

- Ausarbeitung der **„Empfehlungen zur schrittweisen Rückkehr zum Alltag in Alten- und Pflegeheimen und teilstationären Einrichtungen ab 9. Juni 2020“** unter Einbindung der Volksanwaltschaft und der BewohnerInnenvertretung
- Ausarbeitung der **„Empfehlungen zur schrittweisen Rückkehr zum Alltag in den Einrichtungen und Programmen der Behindertenhilfe der Länder“** vom 18. Juni 2020 unter Einbindung der Volksanwaltschaft und der BewohnerInnenvertretung
- Ausarbeitung von **„Empfehlungen für Kommissionsbesuche in Alten- und Pflegeheimen“**, welche sich aktuell (29. Juni 2020) noch in Bearbeitung befinden.

**Fragen 7 bis 21:**

- *Haben Ihre Behörden sich mit der Umsetzung des Punktes 1 aus der Grundsatzerklärung der CPT in Österreich beschäftigt ("The basic principle must be to take all possible action to protect the health and safety of all persons deprived of their liberty. Taking such action also contributes to preserving the health and safety of staff.")?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Umsetzung des Punktes 2 aus der Grundsatzerklärung der CPT in Österreich beschäftigt ("WHO guidelines on fighting the pandemic as well as national health and clinical guidelines consistent with international standards must be respected and implemented fully in all places of deprivation of liberty.")?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Umsetzung des Punktes 3 aus der Grundsatzerklärung der CPT in Österreich beschäftigt ("Staff availability should be reinforced, and staff should receive all professional support, health and safety protection as well as training necessary in order to be able to continue to fulfil their tasks in places of deprivation of liberty.")?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Umsetzung des Punktes 4 aus der Grundsatzerklärung der CPT in Österreich beschäftigt ("Any restrictive measure taken vis-à-vis persons deprived of their liberty to prevent the spread of COVID-19 should have a legal basis and be necessary, proportionate, respectful of human*

*dignity and restricted in time. Persons deprived of their liberty should receive comprehensive information, in a language they understand, about any such measures.")?*

- a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Umsetzung des Punktes 6 aus der Grundsatzklärung der CPT in Österreich beschäftigt ("As regards the provision of health care, special attention will be required to the specific needs of detained persons with particular regard to vulnerable groups and/or at-risk groups, such as older persons and persons with pre-existing medical conditions. This includes, inter alia, screening for COVID-19 and pathways to intensive care as required. Further, detained persons should receive additional psychological support from staff at this time.")?*
    - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
    - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
    - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
      - i. *Wenn ja, wann und welche?*
  - *Haben Ihre Behörden sich mit der Umsetzung des Punktes 7 aus der Grundsatzklärung der CPT in Österreich beschäftigt ("While it is legitimate and reasonable to suspend non-essential activities, the fundamental rights of detained persons during the pandemic must be fully respected. This includes in particular the right to maintain adequate personal hygiene (including access to hot water and soap) and the right of daily access to the open air (of at least one hour). Further, any restrictions on contact with the outside world, including visits, should be compensated for by increased access to alternative means of communication (such as telephone or Voice-over-Internet-Protocol communication).")?*
    - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
    - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
    - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung*

*dieser Empfehlung abgegeben?*

*i. Wenn ja, wann und welche?*

- *Haben Ihre Behörden sich mit der Umsetzung des Punktes 8 aus der Grundsatzklärung der CPT in Österreich beschäftigt ("In cases of isolation or placement in quarantine of a detained person who is infected or is suspected of being infected by the SARS-CoV-2 virus, the person concerned should be provided with meaningful human contact every day.")?*
  - a. Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Umsetzung des Punktes 10 aus der Grundsatzklärung der CPT in Österreich beschäftigt ("Monitoring by independent bodies, including National Preventive Mechanisms (NPMs) and the CPT, remains an essential safeguard against ill-treatment. States should continue to guarantee access for monitoring bodies to all places of detention, including places where persons are kept in quarantine. All monitoring bodies should however take every precaution to observe the 'do no harm' principle, in particular when dealing with older persons and persons with pre-existing medical conditions.")?*
  - a. Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. Wenn ja, wie treffen Überwachungsstellen die erforderlichen Vorkehrungen um das Grundprinzip, niemals Schaden zuzufügen zu beachten?*
  - c. Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - d. Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Empfehlung des SPTs beschäftigt, die lautet: "Conduct urgent assessments to identify those individuals most at risk within the detained populations, taking account of all particular vulnerable groups" (para. 9.a.)?*
  - a. Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*

- c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
  - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- d. *Nach welchen Kriterien wurden Menschen als "vulnerable" eingeschätzt?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Empfehlung des SPTs beschäftigt, die lautet: "Consider that release from detention should be subject to screening in order to ensure that appropriate measures are put in place for those who are either positive for COVID-19 virus or are particularly vulnerable to infection" (para. 9.f.)?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Empfehlung des SPTs beschäftigt, die lautet: "Ensure that any restrictions on existing regimes are minimized, proportionate to the nature of the health emergency, and in accordance with law" (para. 9.g.)?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Empfehlung des SPTs beschäftigt, die lautet: "Ensure that the existing complaints mechanisms remain functioning and effective" (para. 9.h.)?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Empfehlung des SPTs beschäftigt, die lautet: "Respect the minimum requirements for daily outdoor exercise, while also taking account of the measures necessary to tackle the current pandemic" (para. 9.i.)?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat*



- man sich einer Umsetzung angenähert?*
- b. Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
- c. Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
- i. Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Ihre Behörden sich mit der Empfehlung des SPTs beschäftigt, die lautet: "Provide sufficient compensatory alternative methods, where visiting regimes are restricted for health-related reasons, for detainees to maintain contact with families and the outside world, including telephone, Internet and email, video communication and other appropriate electronic means. Such methods of contact should be both facilitated and encouraged, as well as frequent and provided free of charge" (para. 9.k.)?*
    - a... Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
    - b. Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
    - c. Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
      - i. Wenn ja, wann und welche?*
  - *Haben Ihre Behörden sich mit der Empfehlung des SPTs beschäftigt, die lautet: "Make available appropriate psychological support to all detainees and staff who are affected by these measures" (para. 9.s.)?*
    - a. Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
    - b. Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
    - c. Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
      - i. Wenn ja, wann und welche?*

Ziel der durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz unter Einbindung von Expertinnen und Experten erstellten Empfehlungen für den Bereich der Alten- und Pflegeheime, der Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und der teilstationären Einrichtungen ist, den Verantwortlichen eine Entscheidungshilfe bei der Durchführung von Sicherheitsvorkehrungen zu geben.

Hierbei erfolgten unter Beachtung der aktuellen Entwicklungen laufend Änderungen, damit die empfohlenen Schritte in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen dem Schutz der Gesundheit und den persönlichen Bedürfnissen der Betroffenen stehen.

So wurden zuletzt die bestehenden Empfehlungen durch die „*Empfehlungen zur schrittweisen Rückkehr zum Alltag in Alten- und Pflegeheimen und teilstationären Einrichtungen ab 9. Juni 2020*“, welche unter Einbindung der Volksanwaltschaft und der BewohnerInnenvertretung entstanden sind, ergänzt und - bedingt durch die positiven Entwicklungen - weitere Lockerungen empfohlen.

Bei den Überlegungen zu den Empfehlungen spielt der Gedanke der Wahrung der Menschenrechte eine zentrale Rolle.

In diesem Sinne wurde in den „*Empfehlungen zur schrittweisen Rückkehr zum Alltag in Alten- und Pflegeheimen und teilstationären Einrichtungen ab 9. Juni 2020*“ unter dem Motto „*der Einsamkeit entgegen und Menschenrechte wahren*“ festgehalten, dass für Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen die gleichen Empfehlungen und Vorschriften gelten, wie für die gesamte Bevölkerung. Weiters wurde ausdrücklich festgehalten, dass selbstverständlich ein eigenständiger Aufenthalt im Freien sowie das Verlassen der Einrichtung zu ermöglichen sind und es zu einer schrittweisen Normalisierung der Besuchszeiten und Besuchshäufigkeiten kommen soll.

Gleichzeitig wurde in den Empfehlungen ausgeführt, dass ein flexibles Reagieren auf die lokalen Entwicklungen erforderlich ist und im Falle einer Cluster-Bildung gegebenenfalls stufenweise restriktivere Maßnahmen zu setzen sind.

Weiters darf an dieser Stelle auch auf die „*Empfehlungen zur schrittweisen Rückkehr zum Alltag in den Einrichtungen und Programmen der Behindertenhilfe der Länder*“ vom 18. Juni 2020 verwiesen werden, in welchen explizit darauf hingewiesen wird, dass vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgesetzes über die persönliche Freiheit und des Heimaufenthaltsgesetzes einschränkende Maßnahmen immer nur gesetzt werden dürfen, soweit dies unbedingt erforderlich ist. Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte der Bewohnerinnen und Bewohner müssen dabei immer gesetzliche Deckung finden und sich auf das gelindeste zur Gefahrenabwehr erforderliche Mittel beschränken.

In die Überlegungen des Ressorts fließen selbstverständlich auch Empfehlungen und Erkenntnisse von (nationalen und internationalen) Institutionen und Expertinnen/Experten ein.

**Fragen 22 bis 28:**

- *Haben Ihre Behörden sich mit der Empfehlung des SPTs beschäftigt, die lautet: "Ensure that, if applicable, all the above considerations are taken into account with regard to patients who are involuntarily admitted to psychiatric hospitals." (para. 9.t.)?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass die VA die Empfehlung des SPTs umgesetzt hat, die lautet: "Increasing the collection and scrutiny of individual and collective data relating to places of detention" (para. 13.b.)?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass die VA die Empfehlung des SPTs umgesetzt hat, die lautet: "Using electronic forms of communication with those in places of detention" (para. 13.c.)?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*
    - i. *Wann wurden welche digitalen Kommunikationswege wo und wie oft genützt, um Menschen über Corona-Maßnahmen informiert zu halten?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht (bitte um detaillierte Erläuterung)?*
  - c. *Hat die Volksanwaltschaft eine Empfehlung im Sinne einer Umsetzung dieser Empfehlung abgegeben?*
    - i. *Wenn ja, wann und welche?*
- *Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass die VA die Empfehlung des SPTs umgesetzt hat, die lautet: "Establishing national prevention mechanism hotlines within places of detention, and providing secure email access and postal facilities" (para. 13.d.)?*
  - a. *Wenn ja, wann wurde diese Empfehlung inwiefern umgesetzt bzw. hat man sich einer Umsetzung angenähert?*



Zur den Fragen 22 bis 28 verweise ich auf die Ausführungen in der Einleitung der Anfragebeantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Rudolf Anschober

